Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 29 (2003)

Heft: 4

Artikel: Politikwissenschaftliche Lehre und Forschung in der Schweiz

Autor: Armigeon, Klaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-894044

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politikwissenschaftliche Lehre und Forschung in der Schweiz

Klaus Armingeon

Politikwissenschaft als professionalisierte Sozialwissenschaft

Politikwissenschaft als eigenständiges Fach entstand im 20. Jahrhundert; sein stärkstes Wachstum an Lehrstühlen und Studierenden verzeichnete es während der vergangenen 30 Jahre. Die Wurzeln gehen jedoch weit zurück. Der Begründer einer systematischen und empirischen Analyse des politischen Systems ist Aristoteles, der den Gesetzgeber aufklären wollte, welche institutionelle Ordnung dazu geeignet sei, erstrebte Tugenden im Bürger entstehen zu lassen. Für Aristoteles war die Politikwissenschaft die wichtigste und grundlegendste Wissenschaft. Auch wenn man nicht so weit gehen möchte, lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die Analyse des politischen Systems moderner Gesellschaften von herausragender Bedeutung ist: Es geht nicht nur um Entscheidungen über Krieg und Frieden, sondern beispielsweise auch darum, welcher Teil des Bruttosozialproduktes durch staatliche Kassen fliesst - derzeit in der OECD Welt etwa 40% --, von wem er eingezahlt wird und an wen er mit welchen Auflagen verteilt wird. Keine moderne Demokratie wird es sich deshalb leisten wollen, auf die Kenntnisse politikwissenschaftlicher Forschung zu verzichten.

Freilich konnten sich die Vertreter der modernen Politikwissenschaft nicht im Lichte des Stammvaters und der potentiellen Bedeutung des Faches sonnen, als die Expansion der Politikwissenschaft in den 1970er Jahren in Europa einsetzte. Dazu trug bei, dass im deutschsprachigen Bereich die Politikwissenschaft zunächst eng als Demokratiewissenschaft verstanden wurde, von der man nach den europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts vor allem Erkenntnisse über die Stabilitätsvoraussetzungen der demokratischen Ordnung erwartete; der Fokus war eng und die implizite normative Orientierung noch beschränkter als bei Aristoteles. Ferner sah man sie als Integrationswissenschaft, die die politisch relevanten Zweige anderer Wissenschaften - Geschichte, Recht, Philosophie, Soziologie, Oekonomie - zusammenzubringen hatte und die man deshalb als Politikwissenschaften oder sciences politiques in den Plural setzte. Zusätzlich akzentuierte die Positivismusdebatte in den Sozialwissenschaften die drei meta-theoretischen Lager der normativ-ontologisch, der empirisch-analytisch und der historisch-materialistisch arbeitenden Forscher. Hingegen blieben die Gemeinsamkeiten unterbelichtet, und häufig immunisierte man sich gegen Kritik mit dem Hinweis, sie komme aus einem anderen Lager, das die eigenen Zielsetzungen nicht akzeptiere und damit von vorne herein ins Leere ziele. Und schliesslich fand in der Expansionsphase der 1970er Jahre eine Politisierung des Faches statt, während gleichzeitig die Entwicklung methodischer Standards schwach blieb und kaum Konsens über Qualitätskriterien guter politikwissenschaftlicher Analyse bestand. Diesen Entwicklungen und Defiziten der kontinentaleuropäischen Politikwissenschaft konnte sich auch die schweizerische Politikwissenschaft nicht vollständig entziehen, als sie zunächst in Bern und Genf etabliert wurde (siehe ausführlich den Beitrag von Voutat in diesem Heft).

Insofern war die süffisante Bemerkung des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth nicht besonders bösartig, die Politikwissenschaft gehöre zu den "Diskussionswissenschaften". Freilich traf diese Diagnose nie ganz zu; aber in der Oeffentlichkeit wurden häufig die Sozialwissenschaften als Sozialismuswissenschaften missverstanden und selbst höhere Schweizer Bundesbeamte vermuteten zuweilen, im besten Falle sei das politikwissenschaftliche Studium ein Ausbildungsgang für zukünftige Politiker.

Während das Bild der Politikwissenschaft in der Oeffentlichkeit sich nur langsam ändert und die absurdesten Klischees fortbestehen, sind die Wandlungen innerhalb des Faches eindrücklich. Besonders in den kleineren europäischen Ländern - in Skandinavien, den Niederlanden und auch der Schweiz -- orientieren sich Forscher zunehmend an der internationalen Politikwissenschaft, die von nordamerikanischen Universitäten dominiert wird. Hingegen setzt in grossen Ländern wie Frankreich und Deutschland die Grösse des wissenschaftlichen und akademischen Binnenmarktes weniger starke Anreize für internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb. Der metatheoretische Streit ist nachrangig geworden, weil sich die moderne Forschung als systematische, methodisch anspruchsvolle, intersubjektiv nachvollziehbare und theoriegeleitete empirische Analyse von Politik, also der verbindlichen Regelung gesellschaftlicher Konflikte über Werte, versteht.

Dies schliesst normative Orientierungen nicht aus, betont jedoch den Streit über wahrheitsfähige Aussagen. Und ebenso wenig bedeutet das Ideal der theoriegeleiteten, empirischen und methodisch reflektierten Analyse einen Sieg des Popperianischen Killerinstinkts; vielmehr besteht ein breiter Konsens darüber, dass sich Politikwissenschaft nicht im Aussondern vermeintlich empirisch falsifizierter Hypothesen erschöpfen könne.

Mit der Professionalisierung und Internationalisierung der schweizerischen Politikwissenschaft verschärft sich allerdings der Konflikt zwischen angewandter und Grundlagenforschung. Die Arbeitsmarktchancen der Absolventen steigen, wenn die Politikwissenschaft nicht nur analytisch geschulte Generalisten für die Lösung politischer Probleme ausbildet, sondern sich auch als unmittelbar nützlich erweist, indem sie die staatliche Politik mit Diagnosen versorgt und Ratschläge gibt, für die eine Nachfrage besteht. Allerdings zählen solche Leistungen wenig im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb. Dort gelten Publikationen in referierten (und möglichst internationalen) Fachzeitschriften, in guten Verlagen und in ausgezeichneten Sammelbänden zusammen mit Häufigkeiten der Zitaten zunehmend als Operationalisierungen der Forschungsleistungen. Die universitäre Politikwissenschaft in der Schweiz ist deshalb gefordert, zwischen der Skylla der dominanten Praxisorientierung - wie sie für eine Fachhochschule typisch wäre - und der Charybdis einer Grundlagenforschung ohne Praxisbezug und mit der Gefahr eines scholastischen Glasperlenspiels hindurchzusteuern. Aus meiner Sicht besteht freilich gegenwärtig eher die Gefahr, von der sechsköpfigen Skylla der Praxisorientierung gefressen, als von der Charybdis eines ätherischen Szientismus eingesogen zu werden.

Für die Chance, dass das politikwissenschaftliche Schiff dennoch heil durch die Klippen kommt, spricht die prinzipielle Unvereinbarkeit der Rollen des Politikers und des Politikwissenschaftlers. Wahrheit ist der zentrale Code des Wissenschaftssystems, während Macht jener der Politik ist. Die Politik neigt dazu, Analysen dann ernst zu nehmen, wenn sie mit dem Ziel des Machterwerbs und der Machterhaltung vereinbar sind. Lassen sich Politikwissenschaftler dazu verführen, der Politik zu willfahren, laufen sie Gefahr, im politischen Alltag verbrannt zu werden und ihre Reputation in beiden Systemen zu verlieren, weil sie weder Macht haben noch sich systematisch um die Wahrheit bemühen können. Der Gegenstand der Politikwissenschaft ist die Politik, so wie beispielsweise die Erde der Gegenstand der Geologen ist. Aber die Politikwissenschaft ist eben nicht identisch mit der Politik.

Lehre

Die Ausbildung im Hauptfach Politikwissenschaft findet im Wesentlichen an vier Orten statt: Genf, Lausanne, Bern und Zürich. Geht man von der Zahl der politikwissenschaftlichen Lehrstühle an den Hochschulen und Instituten dieser Städte aus, so liegen Zürich und Genf vor Bern und Lausanne. Die einstmalige politikwissenschaftliche Dominanz der Romandie ist seit einigen Jahren gebrochen; beide Landesteile weisen etwa gleichviel an Ressourcen für die politikwissenschaftliche Lehre auf. Das Lehrprogramm unterscheidet sich aus Gründen der institutionellen (fakultären) Einbindungen des Faches und aufgrund von Traditionen. Genf und Zürich haben die Lehre im Bereich der internationalen Beziehungen sehr viel stärker ausgebaut als Lausanne und Bern. In Lausanne ist die Analyse von Institutionen und Entscheidungsprozessen prominent, während in Bern ein Schwerpunkt im Bereich der Schweizer Politik und der vergleichenden/europäischen Politik besteht. Die philosophisch-historische Traditionslinie ist in Zürich stark ausgeprägt, während in Bern Wert auf die enge Vernetzung mit den Wirtschaftswissenschaften und der Rechtswissenschaft gelegt wird.

Die Konferenz der europäischen politikwissenschaftlichen Vereinigungen hat im Sommer 2003 eine Liste mit sieben Kernbereichen des Faches verabschiedet, die in der Lehre in jedem politikwissenschaftliche Institut vermittelt werden sollen:

- Political Theory/History of Political Ideas
- Methodology including statistics
- Political System of one's own country and of the European Union
- Comparative Politics
- International Relations
- Public Administration and Policy Analysis
- Political Economy/Political Sociology

Mit unterschiedlicher Gewichtung wird dieser Fächerkanon meines Wissens auch an den genannten Instituten vermittelt.

Die Arbeitsmarktchancen der Absolventen sind insgesamt gut. Genaue Informationen habe ich nur für das Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Dort findet fast jeder Abgänger innerhalb einer kurzen Frist eine akzeptable Anstellung. Dieser grosse Erfolg geht sicher auch auf drei Eigentümlichkeiten der Lehre in Bern zurück: Eine solide Grundausbildung mit Wirtschaftswissenschaften und Recht und in empirischen Methoden; ein obligatorisches Praktikum, während dessen häufig Kontakte zu späteren Arbeitgebern geknüpft werden und ein obligatorischen Studium von mindestens einem Semester an einer nicht-deutschsprachigen Universität im Ausland oder in der Romandie.

Die grösste Herausforderung ist derzeit die Umstellung der Lehrpläne auf BA und MA und der Ausbau einer Doktorandenausbildung, die über die an den einzelnen Instituten oder Lehrstühlen angesiedelten Doktorandenkolloquien hinausgeht. Unterentwickelt ist auch der Beitrag zur politischen Bildung. Die Fachvereinigung - Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft - unternimmt derzeit grosse Anstrengungen, um auf Seiten der Schulen und der Erziehungsdirektionen mehr Verständnis und Bereitschaft für den Ausbau an einer fachwissenschaftlich guten politikwissenschaftlichen Lehre in den öffentlichen Schulen zu wecken.

Forschung

Berücksichtigt man, dass die Schweiz nur ca. 25 politikwissenschaftliche Lehrstühle hat, sind die Forschungsleistungen gemessen an den Publikationen auf nationaler und internationaler Ebene sehr gut. Ebenso wie in den nordeuropäischen Ländern und den Niederlanden bemühen sich die Forscher in der Schweiz mit viel Energie und Erfolg, mit ihren Ergebnissen in der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft wahrgenommen zu werden. Neben der Zusammenarbeit in internationalen Projektverbünden finden sich auf nationaler Ebene häufig Forscher verschiedener Universitäten zu gemeinsamen Forschungsprojekten zusammen. In diesem Zusammenhang hat auch das Programm *"Demain la Suisse"* des Nationalfonds zur verstärkten Zusammenarbeit beigetragen. Zwei institutionalisierte Forschungsverbünde sind hervorzuheben: (1) Die Kooperation der Universitäten Bern, Zürich und Genf bei der Analyse der Umfragen aus Anlass der eidgenössischen Abstimmungen ("Vox-Analysen") und (2) die Kooperation zur Durchführung von Wahlstudien ("Selects"-Analysen).

Die einzelnen Forschungsprojekte an den Universitäten bearbeiten Themen aus dem gesamten Bereich der Politikwissenschaft. Eine zusammenfassende Charakterisierung ist hier kaum möglich. Zur Illustration einiger politikwissenschaftlicher Forschungsfragen können die folgenden Problemstellungen dienen, die gegenwärtig behandelt werden:

- Welchen Einfluss hat die Einbindung von Bürgern in formalen und informellen Organisationen auf die politische Beteiligung?
- Wie wirkt sich das Institut der direkten Demokratie auf aussenpolitische, sozialpolitische und fiskalpolitische Entscheidungen aus?
- Welches sind die Bedingungsfaktoren der Demokratisierung in Entwicklungsländern?
- Wie wirkt sich die zunehmende ökonomische Verflechtung auf die nationalen Sozial- und Wirtschaftspolitiken aus?
- Welche Bedeutung haben inter- und supranationale Organisationen wie EU oder OECD für die Innenpolitiken der Nationalstaaten?
- Wie lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Asylpolitiken erklären?
- Welche unterschiedlichen Politikprofile haben Konkordanz- und Wettbewerbsdemokratien?
- Welche fiskalpolitischen Optionen haben föderalistische Staaten?
- Wie können die Unterschiede kantonaler Politiken erklärt werden?
- Wie verändern sich Entscheidungsroutinen und -strukturen der schweizerischen Politik im Prozess der Globalisierung?
- Welche Optionen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung gibt es, und wie hängen sie mit innenpolitischen Verteilungskonflikten zusammen?

Dies ist nur ein kleiner, unvollständiger und zudem nicht-systematischer Ausschnitt aus einer grossen Palette von Forschungsfragen, die Politikwissenschaftler in der Schweiz untersuchen. Er macht klar, dass sich die Politikwissenschaft mit höchst bedeutsamen und nützlichen Fragen auseinander setzt; und ein Blick in die entsprechenden Forschungsberichte würde zeigen, dass diese Forschungen meist theoriegeleitete, methodisch anspruchsvolle und empirisch gesättigte Analysen sind. Ein eigenständiges Fach hat sich herausgebildet, das nicht mehr eine Integrationswissenschaft ist, sondern einen Kanon von spezifischen Problemstellungen, Theorien und Methoden hat und das auf einer zunehmend breiteren Basis an qualitativen und quantitativen Daten beruht.

******

In einem eigentümlichen Gegensatz zum Erfolg des Faches in Forschung und Lehre steht seine krasse Unterausstattung im Vergleich mit anderen, etablierten Disziplinen. So haben sich beispielsweise für das Wintersemester 2003/04 in Bern 215 Studienanfänger - je etwa hälftig im Haupt- und Nebenfach - angemeldet. Das Berner Institut für Politikwissenschaft hat jedoch nur zwei volle Lehrstühle! Andere Fächer bilden mit erheblich mehr Lehrstühlen erheblich weniger Studierende aus. Langfristig lässt sich das Niveau der politikwissenschaftlichen Lehre und Forschung in der Schweiz nur halten, wenn die Universitäten bereit sind, die Politikwissenschaft zumindest im ähnlichen Masse wie andere Fächer mit Ressourcen auszustatten. Erfreuliche erste Anzeichen hierfür gab es kürzlich in Zürich, und die politikwissenschaftliche Gemeinschaft hofft, dass auch andere Rektorate in Zukunft unserem Fach die Mittel geben, die wir für unsere Arbeit brauchen.

*****

La science politique suisse à l'épreuve de son histoire *)

Bernard Voutat

La science politique a acquis un droit de cité dans l'univers académique de la Suisse. Cette discipline dispose en effet de filières d'enseignements sanctionnées par des diplômes (licences, doctorat). Elle repose sur des Centres de recherche qui bénéficient de subventions diverses, en particulier du FNRS. Elle s'organise au sein d'une Association qui, peu ou prou, à travers ses Congrès et ses activités scientifiques (groupes de travail), par l'intermédiaire aussi de ses publications (Annuaire suisse de science politique, Revue suisse de science politique, Manuel Système politique de la Suisse, Handbuch der schweizer Politik), socialise les résultats de la recherche. Elle est représentée au sein d'instances fédérales chargée de coordonner les sciences sociales, de même qu'au sein de l'Association internationale de science politique. Plusieurs politologues - dont nous sommes - en ont également écrit l'histoire, configurant ainsi une mémoire disciplinaire participant pleinement de l'existence de la discipline elle-même.

Certes, le développement est récent et reste modeste, comparativement à d'autres disciplines, mais aussi à la situation de la science politique dans d'autres pays. D'autre part, le contenu, les orientations, les frontières de la discipline demeurent flous. La définition de son objet est loin de faire l'unanimité au sein d'une "communauté" de politologues qui, certes, se reconnaissent mutuellement à travers l'appellation "science politique", mais dont les préoccupations restent assez diversifiées, au point de rendre aléatoires des collaborations d'envergure.

**) Extrait de Philippe Gottraux, Pierre-Antoine Schorderet et Bernard Voutat, La science politique suisse à l'épreuve de son histoire. Genèse, émergence et perspectives d'une discipline scientifique Lausanne, Réalités sociales, 2000, 413 pages (pp. 375 - 385).*